

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/29

Bonn, den 12. Juli 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

DIE SORGEN JESSERER STÄDTE

74

Probleme der Kommunalpolitik, dargestellt am Beispiel Frankfurt

Von Professor Dr. Willi Brundert,  
Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt a. M.

3

Schockwirkung

42

Die CDU nach dem Erdrossel in Nordrhein-Westfalen

4

GEOSSE:

36

Der Hase und der Krüger

Zweimal Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

5 - 6

Rumänien - Hefe im Sauerteig ?

68

Ceausescu Pläne für eine Ost-West-Entspannung

Von Dr. Alfred Graef

+ + -

## DIE SORGEN UNSERER STÄDTE

---

Probleme der Kommunalpolitik dargestellt am Beispiel Frankfurt

Von Professor Dr. Willi Brundert

Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt a.M.

Zu den schwierigen, in der Öffentlichkeit gegenwärtig stark diskutierten Problemen gehört unbestritten das Problem unserer Kapitalmarktsituation. Die Gründe, die hierzu führten und die Deutsche Bundesbank zu den bekannten außerordentlichen einschneidenden Maßnahmen veranlaßten, sollen hier nicht erörtert werden. Dagegen erscheint es notwendig, mit aller Deutlichkeit darauf hinzuweisen, daß die Finanzpolitik der deutschen Gemeinden entgegen mancher Kritik **n i c h t** die Ursache der aktuellen Schwierigkeiten auf dem deutschen Kapitalmarkt ist.

- \* Die im vorigen Jahr noch häufig geäußerte Behauptung, Rathaus- und Theaterbauten in den Gemeinden seien typischer
- \* Ausdruck für leichtfertige Finanzpolitik in den Gemeinden
- \* gewesen, konnte erfreulicherweise von den zuständigen
- \* Stellen schnell und überzeugend widerlegt werden.

Richtig ist jedoch, daß die Gemeinden schlechthin heute im Gegensatz zu den anderen Trägern der öffentlichen Gewalt die stärkste Verschuldung aufweisen. Die Hauptursachen für diese außergewöhnliche Verschuldung - dafür ist gerade Frankfurt am Main ein typisches Beispiel - liegen einmal in der Tatsache, daß nach 1945 die Kommunen die umfangreichen Aufgaben der Enttrümmerung und des Wiederaufbaues zu erfüllen hatten, und zum anderen in der weiteren Tatsache, daß die Gemeinden trotz des gewachsenen Volumens an Zuständigkeit am Steueraufkommen bei weitem nicht mehr in gleicher Weise beteiligt sind wie früher. Die in letzter Zeit oft wiederholte Zahlengegenüberstellung sollte ins Bewußtsein aller dringen, die für eine Neuregelung des Finanzausgleichs zuständig sind.

- \* Während noch vor dem Krieg die Gemeinden am Aufkommen
- \* aller Steuern im Reich mit rund 30 Prozent beteiligt
- \* waren, partizipieren sie heute nur noch mit rund zwölf
- \* Prozent am gesamten Steueraufkommen im Bund.

Bei aller Anerkennung der großen Aufgaben von Bund und Ländern bleibt die summarische Feststellung eines bisher gemeinde-unfreundlichen Finanzausgleichs gerechtfertigt.

In den kriegszerstörten Städten - ich denke insbesondere auch an Frankfurt - konnte der Aufbau nicht durch Notmaßnahmen

oder Improvisationen gelöst werden; er war vielmehr der modernen Städte- und Verkehrsplanung anzupassen. Das bedingte außergewöhnliche Investitionen: vom Straßen- und Brückenbau über Neuerrichtung von Schulen, Bibliotheken, Krankenhäusern, Sozialstationen bis zum Ausbau von Universitäten - ganz zu schweigen von den enormen Aufwendungen für den Wohnungsbau.

- \* In den letzten Jahren sind die gerade überdimensionalen
- \* Kosten für die Lösung der Verkehrsprobleme hinzugekommen,
- \* vor allem in den Großstädten mit den Bauten von
- \* U-Bahnen, wie z.B. Frankfurt, München, Köln. Diese notwendigen
- \* Investitionen waren und sind infolge der nicht ausreichenden
- \* Beteiligung am Steueraufkommen nur durch starke Inanspruchnahme
- \* des Kapitalmarktes möglich.

Damit ist zur Zeit das vordringlichste Problem aller Gemeinden die Frage, wie die im Grad unterschiedlichen, im Prinzip gleichartigen Finanzsorgen gelöst werden können.

Frankfurt am Main ist in der eigenartigen Lage, einerseits die Stadt mit dem größten Steueraufkommen im Bundesgebiet und zum anderen die Stadt mit der größten pro-Kopf-Veranschuldungen zu sein. Die Ursache liegt primär in der relativ geringen Beteiligung an den in Frankfurt aufkommenden Steuern sowie in den umfangreichen Wiederaufbauarbeiten, zu denen noch zusätzliche finanzielle Belastungen kommen, die nur aus der Geschichte dieser Stadt erklärt werden können (z.B. gesamter Aufwand für die städtische Theater, Polizei als Kommunalpolizei, Universität, die zur Zeit noch die letzte Stiftungsuniversität im Bundesgebiet ist.)

- \* So geht es im kommunalpolitischen Bereich gegenwärtig
- \* nicht darum, über den Bau dieses oder jenes Objektes
- \* zu entscheiden, sondern um das große Problem der Ordnung
- \* der gemeindlichen Haushalte.

Trotz der bestehenden Kapitalmarktschwierigkeiten bleiben wir in der Zwangslage, in jedem Fall die begonnenen Verkehrsbauten weiterzuführen. Die Sorgen unserer Kommunalpolitiker liegen also wegen der außergewöhnlichen Finanznot in erster Linie im Bereich der künftigen Investitionspolitik. Sicher müssen wir das Tempo neuer Investitionen wesentlich beschränken, ohne allerdings lebensnotwendige Aufgaben, insbesondere im Verkehrsbereich, vernachlässigen zu können. Daß Schul- und Sozialpolitik dabei nicht vergessen werden dürfen, sollte keines besonderen Nachweises bedürfen.

### Schockwirkung

---

#### Die CDU nach dem Erdrutsch in Nordrhein-Westfalen

sp - Schwer angeschlagen ist die CDU aus den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen hervorgegangen. Ihr Selbstbewußtsein ist erschüttert, ihr einst in vielen Wahlsiegen erworbener Glanz verdunkelt. Die Partei des Bundeskanzlers steht nicht mehr auf sicherem Boden, er schwankt unter ihren Füßen und läßt ein lähmendes Gefühl allgemeiner Unsicherheit aufkommen. Die CDU kostet nun die bitteren Tropfen einer Wahlniederlage, deren Ausmaß niemand erwartet hat und deren Wirkung nicht allein auf das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik beschränkt bleibt. Von Flensburg bis nach Passau, von Aachen bis Helmstedt sind die Folgen zu spüren. Es hat sich erwiesen: Die CDU ist zu schlagen, sie kann aus unerschütterlich geltenden Positionen verdrängt werden. Und dies nicht nur in den Städten, den Domänen der Sozialdemokratie. Auch auf dem Lande erweist sich die CDU als verwundbar, unterliegt sie einem ständigen und für sie schmerzlichen Prozeß der Abtragung. Die Partei, die mit dem Anspruch auftrat, die politische Macht in Erbpacht zu haben, begegnet nun wachsender Opposition und artikuliertem Widerspruch. Die vorwärtsdrängenden Kräfte in unserem Volk sehen in ihr keine politische Heimstatt. Wenn nicht alles trügt - und vieles spricht dafür - dürfte die Regeneration, die die CDU bei den Bundestagswahlen 1965 erfuhr, nur eine einmalige sein. Wiederholungen stehen wohl nicht bevor. Lähmungserscheinungen nehmen Überhand und finden ihrer sichtbarsten Ausdruck in der inneren Zerrissenheit der CDU.

Die Partei Ludwig Erhards hatte ihre stärksten Kraftquellen im Rheinland und in Nordrhein-Westfalen; in der Domstadt Köln wurde diese Partei geboren. Selbst in ihrer Geburtsstadt geriet die CDU in hoffnungslosen Rückstand, gelang es ihr nicht, auch nur ein einziges Mandat in Direktwahl zu erwerben, obwohl sich bundesrepublikanisch bekannte Persönlichkeiten darum bewarben.

Es hat und wird noch viele Deutungen über die Ursachen der größten Niederlage, die die CDU in der Nachkriegsgeschichte erlitt, geben und viel Geist und Druckerschwärze wird dafür verwendet werden. Doch die einfachste und überzeugendste Erklärung ist wohl die: Die CDU findet nicht mehr die Sprache unserer Zeit und sie ist auch nicht mehr in der Lage, die gesellschaftliche Wirklichkeit so zu erfassen, wie sie ist. Ihr fehlt ein die Zukunft gestaltendes Gesamtprogramm, das sich orientiert an den Notwendigkeiten unserer industrialisierten Gesellschaft und an den Gegebenheiten unseres gespaltenen Landes. Ihre Bezugspunkte liegen in der Vergangenheit. Der Mann, der als Nachfolger Adenauers auf dem Kanzlerstuhl für die CDU die Tore der Zukunft offen halten sollte, wurde ihr zum Bremsklotz; sein Haupt umkränzt nun kein Sieges Lorbeer.

Der Schock bei der CDU wird lange anhalten. Wird er aber auch heilsam sein?

Noch keine Landtagswahl hat das Ausland so beschäftigt wie die von Nordrhein-Westfalen. Die Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses in dieser industriereichsten Region unseres Kontinents wird als ein unüberhörbares Signal gewertet, als ein Zeichen, das eine Wende deutscher Innenpolitik auf lange Sicht markiert. Diese Wende trägt die sozialdemokratische Handschrift.

GLOSSE:

Der Hase und der Krüger

Zweimal Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

3.0. - Eigentlich lautet das Sprichwort: "Wenn die Katze nicht im Hause ist, tanzen die Mäuse." Beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung müßte es heißen: "Wenn der Hase nicht im Hause ist, tanzt der Krüger."

Als Wahlverlierer Erhard in Gelsenkirchen die Uhus fliegen ließ, trat Amtsvorsteher Krüger mutig vor die Bundespressekonferenz und verkündete, dem Parteichef der CDU seien "sozialistische Störtrupps" entgegengetreten. Herr Krüger gebärdete sich von Amts wegen so, als sei er verpflichtet, den Parteichef der CDU in einer Bundespressekonferenz herauszuholen. Abgesehen davon, daß dies in jedem Falle ein vergebliches Bemühen wäre, stellt sich die Frage, ob es Aufgabe eines Bundesbeamten ist, den Vorsitzenden einer Partei und ein Wahlkampfgeschehen in einer Weise zu interpretieren, die eindeutig parteipolitisch gefärbt ist. Herr Krüger tat es, wohl hoffend, daß man nach dem von ihm sicher erwarteten Wahlsieg der CDU mit Schweigen über diese Amtsanmaßung hinweggehen würde. Wer Herrn Krüger bei dieser Gelegenheit beobachtete, konnte feststellen, wie wenig er geeignet ist, die Überparteilichkeit seiner Beamtenfunktion zu garantieren. Bei in- und ausländischen Journalisten ist deshalb der parteipolitische Husarenritt des stellvertretenden Chefs des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung noch heute Gesprächsstoff.

Anders der Chef selbst. Gebremst durch das Wahlergebnis und offensichtlich peinlich berührt vor den zahlreichen Protesten in- und ausländischer Journalisten über das parteiische Auftreten seines Stellvertreters vor der Wahl lehnte Herr von Hase am Montag vernünftigerweise jede parteipolitische Interpretation des Wahlergebnisses in Nordrhein-Westfalen ab.

Wie wir Herrn Krüger kennen, wird er sich Gernächst darauf berufen, Erhard sei in Gelsenkirchen nicht in seiner Eigenschaft als Parteivorsitzender der CDU, sondern als Bundeskanzler ausgepiffen worden. Das wäre aber eine Pehlzanzeige, denn der Kanzler selbst hat im Wahlkampf mehrfach behauptet, er steige in die Arena als Vorsitzender jener Partei, die das Land zu Ansehen und Blüte geführt habe. - Wenn es ihm auch niemand glaubte, so sollte wenigstens ein Beamter der Bundesregierung wissen, daß er sein Gehalt nicht bekommt, um Parteivorsitzende für Fehler im Wahlkampf zu entschuldigen.

Rumänien - Hefe im Sauerteig ?

Ceausescus Pläne für eine Ost-West-Entspannung

Von Dr. Alfred Graef

Der gerade beendete Kongress der Regierungs- und KP-Chefs der Ostblockländer in Bukarest wird vielleicht einmal als der bedeutendste der neuzeitlichen Geschichte im Hinblick auf Entspannungsbestrebungen der östlichen Seite zwischen Ost- und Westeuropa eingehen.

Rumänien hat sich schon seit einiger Zeit als Avantgardist solcher Bemühungen gezeigt und diese Rolle bei der Konferenz in Bukarest in keiner Hinsicht aufgegeben, sondern eher mit neuen Argumenten noch weiter vertieft. Es hat sich ganz eindeutig für eine Auflockerung der politischen Fronten zwischen Ost- und Westeuropa ausgesprochen, einerseits um seine eigene nationale Souveränität innerhalb des Ostblocks zu festigen, andererseits, um die offensichtlichen Nachteile des nun schon zwei Jahrzehnte dauernden kalten Krieges zwischen den beiden Teilen Europas in positivere Entwicklungen umzuwandeln. Hieraus spricht ein sehr stark entwickeltes Europabewußtsein der politischen Verantwortlichen in Rumänien, das im Grunde genommen nur ein Spiegelbild des politischen Willens des ganzen rumänischen Volkes ist.

Vorbild de Gaulle mit umgekehrten Vorzeichen

Eigentlich verfolgen der rumänische Parteichef und seine politischen Freunde mit gewissen Nuancierungen die gleiche Politik wie de Gaulle, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Die geringere politische Potenz Rumäniens im politischen Kräftespiel innerhalb des Ostblocks bietet allerdings nicht sehr große Chancen für die Verwirklichung der Gedanken Ceausescus in allen ihrer Konsequenzen. Verlangt doch Ceausescu nicht weniger als die Anerkennung des Rechts jeden einzelnen Volkes, sein Schicksal selbst zu bestimmen, sich eine eigene soziale Ordnung nach eigenen Vorstellungen zu schaffen und im Verhältnis zu anderen Nationen souverän und gleich zu sein, also keine Einmischung durch andere Nationen zuzulassen. Ein solches Anliegen kommt aber im Ostblock nahezu einer Revolution gleich.

Um diese Grundprinzipien sicher zu stellen, verlangt Ceausescu einen alle europäischen Nationen umfassenden Sicherheitspakt. Deshalb plädiert er auch für die Lockerung, Wandlung und im Endstadium die Auflösung der jetzt bestehenden Militärpakte in erster Linie der NATO

und des Warschauer Paktes, die bisher die nationale Souveränität kleinerer Länder beeinträchtigt haben.

### Deutsche Konföderation als Ausweg

Das deutsche Problem ist - etwas vereinfacht - nach Ansicht des rumänischen KP-Chefs, lediglich als ein innerdeutsches Problem zu behandeln. Den Staatenprovisorien sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, sich wieder zusammenzufinden und zwar aus eigenem Entschluß und unter Duldung, ja Förderung der Großmächte. Allerdings schwebt auch Ceausescu eine allmähliche Annäherung von zwei Föderativstaaten, also zumindest eine Konföderation vor.

Mit solchen Gedankengängen, die im Ostblock teils völlig unkonventionell sind, ist Rumänien gewissermaßen zur Hefe im Sauerteig innerhalb eines stark doktrinär denkenden östlichen Blocksystems geworden. Diese Gedanken haben zumindest bisher gemischte Gefühle bei den Sowjets, vor allem aber bei Ulbricht ausgelöst. In Moskau und Pankow befürchtet man, bei einer solchen Lösung der anstehenden europäischen Probleme zu große politische Risiken eingehen zu müssen.

### Moskau und Pankow bremsen

Bei der Konferenz in Bukarest hat man sich - wenn man von Ulbrichts Vorstellungen absehen will - auch seitens der Sowjets mit den Konzeptionen Ceausescus ernstlich befaßt. Aber man hat, nach dem was bisher bekannt wurde, doch den Eindruck, daß man die Vorstellungen Ceausescus als zu weitgehend für eine Annäherung zwischen Ost- und Westeuropa ansieht. Trotzdem werden die Gedanken Ceausescus nicht grundsätzlich verworfen, weil sich insbesondere die Sowjets, durch die Lockerung der politischen Fronten, größere Einflußmöglichkeiten in Westeuropa erhoffen.

Rumänien denkt - wenn es vom Ausgleich zwischen West- und Osteuropa spricht - sicherlich in erster Linie an die wirtschaftliche Entwicklung des eigenen Landes, die ebensogute Beziehungen zum Westen wie auch zum Osten verlangt. Ohne an entscheidende innenpolitische Wandlungen zu denken, möchte man die ökonomischen Grundlagen auch durch Hilfe des Westens besser nutzen, als dies bei der einseitigen Ostorientierung möglich war. Dabei schwebt der rumänischen Führung die Verwirklichung eines sozialpolitischen Programmes vor, das zum größeren Wohlstand und zur sozialen Sicherheit der Bevölkerung führt. Ein Gedanke, den man nur begrüßen kann, wenn er gleichzeitig ein freierliches Leben der Menschen sicherstellt.